

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

32. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 25. März 2004

(16.02 Uhr bis 23.16 Uhr)

6.3 Opernplatzfest 2004 genehmigen - Gesamtkonzept für Veranstaltungen in der Innenstadt notwendig	54
Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 24.03.2004, NR 1323	
Stadtrat Franz Zimmermann:	54
Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:	57
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:	59
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	60
Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP:	63
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	63
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	65
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	65
Stadtrat Franz Zimmermann:	67
7. Fatra e.V. - Versorgung traumatisierter Flüchtlinge	68
Antrag der GRÜNEN vom 24.02.2004, NR 1264	
Stadtverordnete Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, GRÜNE:	68
Stadtverordnete Margrit Weißbach, CDU:	70
Stadtrat Nikolaus Burggraf:	71
Stadtverordnete Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, GRÜNE:	73
8. Erhöhte Stickoxid-Werte in der Friedberger Landstraße	74
Bericht des Magistrats vom 01.12.2003, B 967	
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	74
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	77
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	80
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	82
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	84
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	85
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	87
Stadträtin Jutta Ebeling:	88
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	89
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	90
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	91
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:	92
Stadtrat Nikolaus Burggraf:	95
9. Metropole orientierungslos? Frankfurt darf seine Sehenswürdigkeiten nicht länger verstecken!	96
Antrag der REP vom 18.02.2004, NR 1258	
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	96

beitsplätze haben? Wir haben also täglich 1.000.000 Menschen in dieser Stadt, 320.000 Pendler, 90.000 fahren im Moment ÖPNV. Ein großer Teil der Pendler kommt aus dem Osten, da bieten sich die Hanauer Landstraße und die Friedberger Landstraße an.

(Zurufe)

Wie wollen Sie die Wirtschaftlichkeit in der Stadt garantieren, wenn Sie Straßen, wie die Friedberger Landstraße, schließen oder durch eine City-Maut behindern wollen. Wie wollen Sie das bewerkstelligen? Vergessen Sie, dass wir mit 650.000 Arbeitsplätzen in dieser Stadt eine hohe Wirtschaftlichkeit haben und das bewältigen müssen?

Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:
(fortfahrend)

Liebe Frau Kollegin, ich habe nicht gefordert, die Friedberger Landstraße zu sperren. Ich habe hier eine große Menge Maßnahmen aufgezählt, die wir als GRÜNE sehen, und die wir hier in der Stadt verwirklichen wollen, wo wir Sie als CDU auch mitnehmen wollen, damit es nicht zu solch einer Maßnahme wie die Einführung der City-Maut kommt. Nur, wenn ich gar nichts mache und sage, ich kann es sowieso nicht erfüllen, dann sind wir bei der City-Maut oder bei der Straßenspernung.

(Beifall)

Ich komme jetzt zum Schluss. Wir wollen als Frankfurter, dass das Wohnen in der Innenstadt möglich ist, dass Leute dort gerne wohnen. Frankfurt will junge Familien, insbesondere mit Kindern, in der Stadt halten. Dafür bauen wir neue Wohngebiete. Aber, Familien mit kleinen Kindern wollen auch saubere Luft haben. Ich werbe bei Ihnen allen dafür, dass wir ein Frankfurt mit sauberer Luft bekommen, damit die Familien nicht nur schöne Wohngebiete haben, sondern auch darauf hoffen können, dass ihre Kinder gesund bleiben.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Frau Hanisch! Das Wort in der Aussprache hat Frau Ditfurth von ÖkoLinX-ARL.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Abend!

Es ist wirklich erschreckend, wie weit die GRÜNEN inzwischen heruntergekommen sind. Ich frage mich, Lutz Sikorski, ob du Re-Deverbot hast oder eine Positionsänderung, die offensichtlich wäre, vorbereitet.

Ich finde es eine relative Unverschämtheit, dass der zuständige Dezernent, der uns heute Abend eine absolute Blödsinnposition bei der Debatte hingeknallt hat, zwar jetzt wieder teilnimmt - er geht durch die Reihen und überlegt sich das -, aber die ganze Zeit nicht anwesend war. Das finde ich ziemlich frech.

(Zurufe)

Bei manchen Rednern könnte man denken, dass wir über alles reden, auch über den Generalverkehrsplan. Wir reden über einen Tagesordnungspunkt, der sich konkret auf die Stickoxidbelastung in der Friedberger Landstraße bezieht, wo die Werte im Jahre 2003 so hoch lagen, nämlich bei 72 Milligramm pro Kubikmeter, dass sie etwa das Doppelte dessen betragen, was überhaupt legal war. Das bedeutet - ich will gar nicht auf technische Details eingehen -, dass besonders die Leute, die in dieser und ähnlichen Straßen in Frankfurt wohnen, Asthma, Immundefekte, Krebs oder Bluthochdruck, mit den üblichen, zum Teil tödlichen Folgen bekommen, und dass es dem Stadtparlament, das so beschließt, wie es seit Jahren und Jahrzehnten beschließt, vollkommen wurscht ist, weil man sagt, die Wirtschaftlichkeit, der Profit bestimmter Firmen, sozusagen der Nutzeffekt, vielleicht auch für das eigene Klientel, ist viel wichtiger. Die Folgen sind dieser Stadt immer vollkommen wurscht gewesen.

An diesem Bericht will ich zeigen, wie es weitergeht. Ich habe keine Lust, mich auf das Spiel einzulassen, wo sich alle im Viererbündnis scheinheilig gegenseitig versichern, man habe zwar gewisse Differenzen, aber eigentlich meine man es doch gut mit den Leuten. Dann kommt irgendwann einmal ein Satz, der furchtbar freundlich klingt. Wenn man den Bericht B 967 liest, dann sieht man, dass es nur darum geht zu verschleppen. Da wird gemessen und wieder gemessen, was aber wird dann gemacht? Es werden Pläne erarbeitet, was daraus wird, weiß man nicht. Dann sagt man, es müssen wirksame, nachvollziehbare, kontrollierbare Maßnahmen durchgeführt werden, die aber unter dem Gebot der Verhältnismäßigkeit stehen müssen. Es ist nur Geblubber, es ist nur sinnloses, völlig unmaterielles Gelaber, bei dem nichts herkommt.

Wir kennen das Problem, wir wissen genau, was wir mit der Gesundheit der Leute anrichten, aber das andere ist uns wichtiger. Keiner sagt offen und ehrlich, dass uns das, was wir hier an Wirtschaft betreiben, an Profit befürworten, die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur, wichtiger ist, als die Gesundheit der Menschen, weil man ja selbst nicht in diesen Straßen wohnt. Ich würde einmal blind, ohne jemals nachgeschaut zu haben, wetten, dass niemand vom Magistrat in der Friedberger Landstraße oder in vergleichbaren Schwerpunkten der Vergiftung wohnt. Dieser Bericht ist eigentlich Laberkram.

Wenn ich jetzt höre, was man verstanden hat und ich hier Gesichter sehe, die schon vor über 20 Jahren hier saßen, dann will ich nur daran erinnern: 1981 sind wir mit einer linken GRÜNEN-Fraktion, die mit den heutigen GRÜNEN nichts zu tun hat, mit Gasmasken eingezogen, hinweisend auf die Luftvergiftung in Frankfurt. Das war der CDU-Fraktion so lächerlich, dass sie bei unseren Reden, beispielsweise beim Thema Waldsterben, schallend lachte, weil sie bestritt, dass es so etwas gibt. Wenn man sich das einmal überlegt, dass einige von diesen Leuten heute hier sitzen und ganz genau wissen, dass es so war, dass sie bestritten haben, dass es in Frankfurt eine Gesundheitsbelastung gibt, die Menschen krank macht und dass es so etwas gibt, was Waldsterben auslöst, dann erkennt man, dass es heute zumindest nicht mehr

gesagt werden darf, aber die Politik gleich geblieben ist.

Wer 1981 in der Friedberger Landstraße geboren wurde - ich könnte auch zehn Jahre weiter zurückgehen, ich nehme einfach den Zeitraum, seit dem ich diesen Laden hier kenne, und die Struktur und die Art, wie Interessen aufeinander prallen, verkungelt werden und was sich letztendlich durchsetzt -, ist heute 23 Jahre alt und hat eine etwa dreimal so große Chance, irgendwann einmal Krebs zu bekommen, auf Grund der Situation allein in dieser einzigen Frankfurter Ein- und Ausfallstraße, als normal. Da kann man sich fragen, was man beruhigt mitmachen kann. Die einen sagen, wir messen noch einmal und schaffen Jobs, nur, was macht man mit den Ergebnissen? Man tut immer noch so, als müsse man herauskriegen, woran es liegt. Man weiß es längst. Das heißt, die Entscheidung wäre fällig. Die trifft man unter anderem deswegen nicht, weil etwa, wenn die SPD sie träge, sie aus der Viererkoalition heraus müsste. Das geht nicht, das ist miteinander nicht vereinbar. Also mauschelt man sich durch. Die GRÜNEN sagen, für das Parkhaus sind wir nicht, aber der Goetheplatz ist durch. Das heißt, man macht es Stück für Stück. Eines verwirft man immer als noch schlimmer, das lehnt man dann ab und stellt sich als tapfer dar, aber das andere macht man mit. Über die Jahre, wenn man sich alle einzelnen Verkehrs- und Gesundheitsentscheidungen anschaut, sind immer autofreundliche und kapitalfreundliche Entscheidungen getroffen worden. Mit gewissen Verschleppungen, Widersprüchen und Verzögerungen.

Es gab einmal Zeiten, Sie werden es sich kaum vorstellen können, da konnte ein gewisser Lutz Sikorski das Wort autofreie Innenstadt tatsächlich fehlerfrei buchstabieren. Heute weiß er es nicht und ruht sich, glaube ich, auf wie viel 100 Meter Straßenbahnstrecke, die in 20-jährigem Kampf durchgesetzt wurde, aus. Das heißt, die Sache geht weiter, wir wissen das alle. Heute Abend hat Herr Schwarz in der Fragestunde gesagt - und darauf reagiert aus der Viererbande niemand -, selbst wenn wir alle Autos wegnehmen würden, würde es nichts ändern. Auf Deutsch: Wir wollen immer mehr Autos, unterstellt er. Er kann nicht anders denken, das muss man einfach kapieren. Es geht nicht um

Vernunft und Argumente, es geht um Interessen, die den Kopf so stark vergiftet haben, dass gar keine Debatte mehr möglich ist. Da knallen Entscheidungen aufeinander, und die Leute hier im Raum müssen sich entscheiden, wo sie stehen.

Alternativen und Möglichkeiten gibt es natürlich. Diese wären, eben nicht bis zur nächsten Wahl verschleppen und jetzt schon einmal Andeutungen machen. Die Alternativen sind auch nicht einfach so Sachen - auch wenn du es nicht gesagt hast, das war ein falscher Angriff gegen dich -, aber die Perspektive kann für Frankfurt nicht in der City-Maut liegen.

Übrigens, im Ortsbeirat ist die CDU auch der Meinung gewesen, dass das nicht ginge. Herr Heuser, Sie sollten die Kollegen da unbedingt einmal verhauen, die sind nicht auf Linie. Der Punkt ist der, City-Maut ist auch unsozial. Das heißt, diejenigen, die es sich leisten können, aus bestimmten Gegenden um Frankfurt herum, können dann hereinfahren, und andere, die vielleicht im Vogelsberg, in einer Gegend, die nicht angebunden ist und deswegen billige Mieten oder kleine billige Häuschen hat, und die Auto fahren müssen, können nicht mehr oder nur unter großen sozusagen Zahlungen, die dann von ihren geringeren Gehältern abgehen, in die Stadt fahren. Das heißt, es funktioniert nicht. Dann sind schon soziale, so völlig technokratische aber manchmal wirksame Maßnahmen, die es in Athen oder Bologna gibt, notwendig. Ein Tag gerade, ein Tag ungerade, so ein Zeug. Aber das sind auch Methoden, die einen einmal einen Tag mehr Luft lassen in diesen Städten, die aber perspektivisch die Entscheidung für eine andere Verkehrspolitik nicht ersetzen.

Die GRÜNEN, als sie noch solche waren, nämlich ökologisch und sozial, und nicht Kriege führten und sich nicht sozusagen hemmungslos Kapitalinteressen unterwarfen, haben einmal in dieser Stadt nicht nur 81 Anträge zur Ökologie und zu einer besseren gesundheitlichen Lage der Menschen gestellt, sondern haben 1985 - das gibt es in Archiven bestimmt, wir haben vielleicht auch noch drei bis vier Exemplare, die man einmal ausleihen kann - einen Gesamtplan, zusammen mit Wissenschaftlern, mit Leuten, die sich auskannten, gemacht. Wir haben ge-

sagt, wir schauen uns diese Stadt an und überlegen, wie man die Lage ändern kann, damit soundso viele Pendler kommen, oder soundso viele Leute hier wohnen können, weil es berufliche und private Interessen gibt, sich in den Stadtteilen zu bewegen, ein Bedürfnis nach Transport, nach Kommunikation und so weiter. Da haben wir einen Plan gemacht, der enthielt Vernetzungen für Straßenbahnen, die waren durchgerechnet, alles Mögliche war darin enthalten. Es waren Sachen enthalten, wo ich sage, bezogen auf diesen Antrag, auf diesen Tagesordnungspunkt Friedberger Landstraße, es gibt wirklich brauchbare Vorschläge. Die passen aber in Ihre kleinen engen Köpfe nicht hinein, das ist das Problem.

Rückbau der Friedberger Landstraße ab der Autobahn wäre eine konkrete Maßnahme. Rückbau heißt nicht dichtmachen, sondern eine Spur schmaler machen. Zweiter Punkt wäre dann, eine Fahrspur für Park-and-Ride-Möglichkeiten oder einen beschleunigten Ausbau der Straßenbahn bis zur Friedberger Warte zu nutzen. Das zum Beispiel sind konkrete Maßnahmen, die man durchführen könnte, wenn man es denn wollte. Das ist nur ein Vorschlag bezogen auf dieses Teilproblem. Wir können das gerne auch einmal weiter diskutieren. Die Frage ist, wo man steht, oder für wen man Partei ergreift. Ich sage ganz klar, ich ergreife vorzugsweise Partei für Migranten und ärmere Leute, die in diesen Straßen wohnen, wo man sich die höheren Krebsraten und andere Krankheiten holt. Das wissen Sie alle genau. Das Blöde ist nur, diese Menschen haben hier fast gar keine Vertreter mehr im Parlament.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Frau Ditzfurth! Als Nächster hat Herr Dr. Dähne von der PDS-Fraktion das Wort.

**Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne,
PDS:**

Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren!